

## Krise, Wachstum und Air Bags

### Christa Wichterich

Alle reden über die Finanzmarktkrise, die nun auf die Realwirtschaft durchschlägt – so als würden die beiden Wirtschaftssektoren getrennt voneinander funktionieren und so als hätten nur boni-geile Banker den Crash verursacht. Doch das Zusammentreffen von Finanzkrise, Beschäftigungs- und Produktionskrise wie auch der Krise der sozialen und natürlichen Reproduktion zeigt, dass das globalisierte kapitalistische Wirtschaften sich in eine tiefe Systemkrise manövriert hat.

Die Krise hat den Mythos, dass der Markt alles richten und ein win-win-Spiel für alle ist, zum Platzen gebracht wie eine Spekulationsblase. Für Frauen ist dies allerdings weniger verwunderlich. Denn ihre Integration in die globalen Märkte stand stets unter dem Vorzeichen der Ungleichverteilung von Gewinnen, Verlusten und Kosten. Im Globalisierungsboom gewannen Frauen Beschäftigung und Einkommen, doch die „unsichtbare Hand“ des Marktes verschiebt weltweit die Mehrzahl der Jobgewinnerinnen in flexible, geringentlohnte, sozial ungesicherte Arbeit. Je frauentypischer und je haushaltsnäher Arbeit ist, desto weniger ist sie auf dem Markt wert. Deshalb schließt sich die Lohnschere zwischen Männern und Frauen partout nicht, und deshalb sind 60 % der *working poor* Frauen.

Wie die Frauen wurden in der Expansionsphase der Märkte – gemeinhin Globalisierung genannt - immer mehr natürliche Ressourcen, Menschen und Lebensbereiche der Logik der Wettbewerbsfähigkeit und Renditesteigerung unterworfen. Um dies zu erreichen, muss der Kapitalismus wachsen und so wenig wie möglich kosten. So wurden Frauen in die Erwerbsmärkte einbezogen, meist am unteren Ende der Wertschöpfungsketten wie man an der gesamten Produktions- und Handelslinie von Discountern von China bis Deutschland sieht. Öffentliche Leistungen wurden kommerzialisiert und privatisiert, die Biodiversität durch Patentierung angeeignet.

Neben diesem umfassenden Zugriff des kapitalistischen Marktes versucht die „unsichtbare Hand“ die sozialen und ökologischen Kosten auf die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Umwelt abzuwälzen. Der Druck auf Löhne und Effizienz wird erhöht, Produktion und Konsum verschlingen immer mehr Energie, Wasser und andere Ressourcen, die Risiken tragen die Menschen und die Natur. Diese Wirtschaftskosten gehen nicht in die Preisbildung ein. Das macht die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten so attraktiv. Je mehr der Staat sich gemäß der neoliberalen Doktrin aus den Märkten zurückgezogen hat, desto weniger wird die Risikoabwälzung kontrolliert und reguliert.

Die irrwitzigsten Spekulationen auf den Finanzmärkten versprachen die größten Gewinne. Termingeschäfte mit Pensionsfonds, Wetten auf Nahrungsmittelernten sind ein Symbol dafür, wie unter dem Wachstumsimperativ Versorgung und Bedürfnisbefriedigung – das Ausgangsziel allen menschlichen Wirtschaftens – unter die finanz- und realwirtschaftlichen Räder des Profitmachens geraten. Spekulation mit Ernährungs- und sozialer Sicherheit führen direkt in eine Hunger-, Renten- und Armutskrise: so stieg die Zahl der Hungernden in der zweiten Hälfte von 2008 um 50 Millionen auf fast eine Milliarde Menschen. Private Pensionskassen mit Milliardenverlusten kürzen den Alten die Rente.

Handelsbilanzen und Bruttoinlandsprodukt jedenfalls zeigen die wirklichen Kosten und Risiken der Wirtschaft nicht an. Ebensowenig zeigen sie, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend von Frauen unbezahlt geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert. Die Märkte setzen diese sozialen und natürlichen Leistungen voraus und eignen sie sich ständig an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie personennahe Dienstleistungen, z.B. Altenpflege, weil sie angeblich „unproduktiv“ sind.

So erzeugte der Globalisierungsboom eine ungeheure Warenfülle, Wohlstand und Konsum auch in Ländern des Südens, gleichzeitig aber auch in hohem Maße versteckte soziale und ökologische Kosten, neue Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Eine gigantische Schere hat sich zwischen Gewinnen und Verlusten geöffnet. Frauen schultern überproportional viel von den Verlusten und Kosten.

In allen Krisen haben Frauen ihre soziale Air Bag-Funktion ausgedehnt. Sie fangen mit Mehrarbeit im Haushalt die Lohnkürzung oder Kündigung der Männer auf, gleichen mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung aus, federn mit Ehrenamt und Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen ab. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien. Da passt der Hinweis von Frau van der Leyen, dass die Familie in der Krise als Bedarfsgemeinschaft Konjunktur hat.

Zwar verlautbaren nun auch neoliberale Regierungen Kritik am Finanzkapitalismus und an der Renditegier. Doch die Maßnahmen zur Krisenbewältigung, die von den USA über die EU bis China ergriffen werden, brechen nicht mit der Wachstums- und Renditepolitik der Märkte. Im Gegenteil: der Staat handelt nun zu allererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Die „öffentliche Hand“, die jahrelang mit dem Argument leerer Kassen Leistungen der Daseinsvorsorge gekürzt und mit ihrer Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben umverteilt hat, verschenkt er nun Milliarden an die Brandstifter, Zockerbanken und marode umweltschädigende Industrien. Jetzt verschiebt er Kosten und Risiken einmal mehr an die Gesellschaft und die Natur.

Konjunktur- und Kaufkraftspritzen sollen Wachstum und Konsum ankurbeln und Jobs sichern. So setzt die Politik mit ihren Rettungspaketen genau auf die Strategie, die Probleme des sozialen Bereichs wie auch Umweltzerstörung verschärft und immer wieder Krisen auslöst.

Um die Funktionslogik der Märkte tatsächlich zu verändern, müsste Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur Vorrang vor Wachstum und Profitmaximierung haben, d.h. die Wirtschaft müsste vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße gestellt werden. Dazu gehört ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, die soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten

schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino. Zudem reicht es nicht, die absurde Kasinologik der Finanzmärkte zu zähmen. Vielmehr gilt es, auch die industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsbesessenheit in Frage zu stellen.

Wo aber infolge gesteigerter Produktivität weniger bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftlichen Wohlstand zu produzieren, könnte dies auch als Chance zur Neuverteilung aller Arbeit, Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit genutzt werden. Wo die Ungleichbewertung und -entlohnung von Arbeit in Form von Bankerboni und Managerabfindungen einerseits, Zeit- und Leiharbeitslöhnen oder 1-Euro-Jobs andererseits öffentlich nicht mehr akzeptiert wird, könnte dies Chance zu einer gerechteren Bewertung aller Arbeit-, Erwerbs- und unbezahlte Sorgearbeit sein. Dies wäre eine tragende Säule für eine demokratische und solidarische Wirtschaft jenseits der Wachstums- und Renditelogik.